

Hypothesen

Politische Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger und damit ein prinzipiell gleicher politischer Einfluss aller Bevölkerungsgruppen ist ein zentrales Versprechen von Demokratie. Dieses Versprechen wurde noch nie und wird immer weniger eingelöst. Personen leben zunehmend in Staaten, in welchen sie kein Stimmrecht haben. Und stimmberechtigte Bürger mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsniveau gehen mittlerweile kaum mehr zur Wahlurne. Demgegenüber haben sich Geschlechterunterschiede beim Wahlakt weitgehend nivelliert. Bei anderen Beteiligungsverfahren (z.B. Petitionen, Demonstrationen, Parteiengagement) liegen Personen aus den oberen Einkommensgruppen sowie mit höheren Bildungsabschlüssen ausnahmslos sowie Männer in der Regel vorne. Die ansteigenden ökonomischen Ungleichheiten westlicher Demokratien haben daher fundamentale Auswirkungen auch für politische Ungleichheit, welche in Zukunft noch stärker zunehmen könnte.

Ungleiche Beteiligung bei und zwischen den Wahlen hat für eine Demokratie fatale Folgen. Beteiligungsferne Gruppen verschwinden vom Radarschirm politischer Repräsentanten, denn wer sich politisch nicht beteiligt, dessen Stimmen werden nicht gehört und dessen Interessen werden nicht berücksichtigt. Darunter leidet auch politische Legitimität: Bei Meinungsumfragen vergrößert sich die Gruppe der Bürger, die bekundet „Menschen wie ich haben keinen Einfluss auf das, was die Regierung macht“. Auf lange Sicht aber kann kein politisches System ohne die Zustimmung seiner Bürgerinnen und Bürger stabil bleiben.

Verschiedene Varianten zur Verbesserung politischer Inklusion werden diskutiert: Wahlrechtsreformen, neue Formen von Bürgerbeteiligung wie beispielsweise Bürgerhaushalt und Beiräte für politisch marginalisierte Gruppen (Jugend, Migranten, Senioren) sowie verbesserte politische Bildung.

Wie erfolgreich sind diese Versuche? Zumindest auf den ersten Blick scheint die Hoffnung, politische Inklusion durch Wahlrechtsreformen sowie durch neue Formen von Bürgerbeteiligung zu verbessern, kaum erfüllt zu werden. Die Gefahr besteht, dass sich unter einem partizipativ-demokratischen Deckmantel ressourcen- und organisationsstarke Gruppen durchsetzen und politische Ungleichheit verschärfen. Diese Reformen sind somit keine Garantie für politische Inklusion und *verschlimmern politische Exklusion sogar häufig*. Verfahren, die umfangreiche Maßnahmen explizit zur politischen Inklusion anwenden, sind notwendig, um das politische Gleichheitsversprechen repräsentativer Demokratien zu erfüllen. Nur wenn umfassende inklusive Vorkehrungen getroffen werden, kann der bisherige Widerspruch zwischen partizipativer Beteiligung als demokratienotwendigem (Interessenvermittlung) sowie gleichzeitig demokratiegefährdendem Phänomen (Vernachlässigung schwacher Interessen infolge Ressourcenungleichheit) gelöst werden.

Ein anderer Ausweg aus der politischen Ungleichheit wird in der Förderung von Bürgerkompetenzen gesehen. Es erscheint jedoch fraglich, ob dies ausreicht.

Literatur:

Geißel, Brigitte: Partizipative Innovationen auf lokaler Ebene – Potentiale oder Gefahren für inklusive, responsive, „accountable“ Repräsentation?, in: Markus Linden/Thaa, Winfried: Krise und Reform politischer Repräsentation, Nomos-Verlag, 2011, 195-216.

Geißel, Brigitte: How to Improve the Quality of Democracy? Experiences with Participative Innovations at the Local Level in Germany, in: German Politics and Society, Issue 93, Vol. 27, No. 4 Winter 2009, p. 51-71